

Keine Abschiebungen

... Bleiberecht für alle, und auf Dauer!

Die Festung Europa ist abgeschottet. Flüchtlinge werden als illegale kriminalisiert, eingesperrt und abgeschoben. Immer häufiger sind offizielle Stellen in rassistische Übergriffe verwickelt. Deutsche Polizisten wenden folterähnliche Methoden an. In Hamburg führten Polizisten an AfrikanerInnen Scheinhinrichtungen durch. Gehetzt von Bundesgrenzschutz und Bürgerwehren sterben Flüchtlinge in den Flüssen Oder und Neiße. Flüchtlinge werden wie Postpakete verschürt, geknebelt, geschlagen, ihnen wird auch schon mal »zur Ruhigstellung« das Genick gebrochen.

Der deutsche Rassismus hat wieder Konjunktur. In der Nachkriegszeit nahm die BRD Millionen von Flüchtlingen auf, weil in ihren Adern »deutsches Blut« floss. Heute werden Millionen von Flüchtlingen abgewiesen und in Kriegsgebiete (Kosovo), Folterkammern und Hungerregionen abgeschoben. In nationaler Eintracht wurde sogar das Grund- und Menschenrecht auf politisches Asyl durch Änderung des Grundgesetzes faktisch außer Kraft gesetzt. Die Ruinen des Asylrechts will Innenminister Schily mit dem Verweis auf europäische Angleichung und falschen Aussagen über die Anerkennungsquote von AsylbewerberInnen nun auch noch schleifen. Das geltende Ausländergesetz macht Flüchtlinge und Millionen Menschen, die teilweise seit Jahrzehnten in der BRD leben und arbeiten, zu Menschen zweiter Klasse und das nur, weil sie nicht »deutscher Abstammung« sind. Daran hat der rot-grüne Reformator des Staatsbürgerschaftsrechts nichts Nennenswertes geändert. Mit der geplanten Verschärfung der Arbeitsverbote für ImmigrantInnen aus Nicht-EU Ländern vollzieht die Bundesregierung zum wiederholten Male Forderungen der Neonazis: »Arbeit zuerst für Deutsche«.

Der staatliche Umgang mit nicht-deutschen StudentInnen ist das Übungsfeld für generelle Zwangsmaßnahmen der »Hochschulreform«. Das zeigt ein Beispiel aus Berlin: An der dortigen FU hatte der Akademische Senat einen Vorschlag

diskutiert, bei ausländischen KommilitonInnen künftig vom sechsten Semester an bei jeder Rückmeldung eine Bescheinigung des Prüfungsausschusses über den erfolgreichen Studienverlauf zu verlangen und bei Nichtvorlage die Rückmeldung zu verweigern. Inzwischen ist die Beratungspflicht in Berlin für alle StudentInnen obligatorisch. Via HRG-Novelle soll die Zwangsberatung bundesweit eingeführt werden.

- Die AL solidarisiert sich mit den Opfern rassistischer Gewalt. Sie unterstützt insbesondere die Kampagne »Kein Mensch ist illegal« und unterstützt Proteste gegen abgeschobene Abschiebeknäste.
- Wir fordern die Aufhebung des völkischen Blutsrecht-Prinzips im Grundgesetz. Gleiche BürgerInnenrechte für alle in der BRD lebenden Menschen!

Texte zum Nato-Krieg

In dieser Broschüre finden sich Texte, die einen Beitrag zum Verständnis des Krieges leisten können. Die Interessen und die Politik der USA, wie der BRD werden thematisiert, ebenso die Rolle der Grünen.

Gegen 3 Mark (plus 3 Mark Porto) ist sie erhältlich bei:
Alternative Liste
c/o PH-ASTA Köln
Gronewaldstr. 2, 50931 Köln



Wem gehört der Raum?

Kommerzialisierung auch an der Uni

Universität plus Wirtschaft = effektivere Wissenschaft? Eine weitere Stufe im Prozess der Kommerzialisierung des universitären Betriebes wurde jetzt mit dem Campus-Projekt der Kölner Universität erreicht. Kurz nach Semesterbeginn wurde im Erdgeschoss des Philosophikums die erste Ladenzeile mit einem Reisebüro, einem Bekleidungsgeschäft, einem Kiosk und einer Zweigstelle der AOK feierlich eingeweiht. Während Maßnahmen wie das Campus-Projekt unter dem Etikett »Aufbesserung studentischer Lebensqualität« daher kommen, dienen sie doch nur der Ordnung öffentlichen Raumes nach wirtschaftlichen Maßstäben.

Die Vorstellung, dass sich sämtliches gesellschaftliches Leben wirtschaftlichen Interessen unterordnen habe, ist Teil des hegemonialen Diskurses. Vom Standortgefälle deutscher Gewerkschaften bis hin zur Sparpolitik der Bundesregierung kommt niemand an dieser Prämisse vorbei. Entgegen der Anschauung, Politik entsünde durch die Diskussion »freier BürgerInnen« im öffentlichen Raum, ist das Gegenteil der Fall: Beispiele dafür, dass öffentlicher Raum als Manifestation bestehender Herrschaftsverhältnisse funktioniert, lassen sich viele finden. Die Akropolis als Zentrum öffentlichen Lebens im klassischen Athen wurde von männlichen Angehörigen der gehobenen Klassen, nicht von Frauen, SklavInnen oder Metöken (Fremde mit festem Wohnsitz in Athen) geprägt. Auch die Dichotomie »privat – öffentlich« in patriarchalen Gesellschaften kann so begriffen werden. Während das Private (Reproduktion der Gesellschaft, Erziehung oder Haushalt) den Frauen überlassen bleibt, wird das Öffentliche (Politik, Medien oder Berufswelt) weitestgehend von Männern geprägt bzw. mit dem männlichen Geschlecht assoziiert.

Während die Umgestaltung des Philosophikums zum Einkaufsparadies relativ reibungsfrei abläuft, gehören repressive Massnahmen zum alltäglichen Repertoire innerstädtischer Umstrukturierungspolitik. Hier verbinden sich vermeintlich

Sozialpolitik, städtebauliche und polizeiliche Maßnahmen zu einer umfassenden Vertreibungspolitik. Das Zusammenwirken dieser verschiedenen Zweige ist besonders gut am Beispiel der Kölner Domplatte zu beobachten:

Es ist kein Zufall, dass die Bahnhofsmision am äußersten Ende des am wenigsten frequentierten Bahnstreckes (Gleis 1) liegt und schon 1997 die Essensausgabe eingestellt hat. Gleichzeitig wird bestimmten Bevölkerungsgruppen durch Ordnungsamt und Polizei der Aufenthalt auf der Domplatte erschwert. So wurde die Kölner Klage-mauer »Für den Frieden« am 15. Oktober 1996 in einer Nacht-und-Nebel-Aktion von Stadt und Domkapitel geräumt. Regelmäßig werden Menschen ohne festen Wohnsitz kontrolliert, schikaniert und zur Überprüfung der Personalien mit auf die Wache genommen. »Food not Bombs«, eine Gruppe, die jeden zweiten Sonntag vor dem Dom »lecker Essen, umsonst und für alle« verteilt, wird immer wieder belästigt und auf die Domplatten-Sondernutzungsverordnung hingewiesen. Auch die ständige Präsenz von ZivilpolizistInnen ist Teil einer Politik, die nur ein Ziel verfolgt:

Die Problematik der Obdachlosigkeit und Armut in unserer Gesellschaft aus dem öffentlichen Bewusstsein zu verdrängen und somit das Bild der Innenstadt als Herzstück der modernen, konsumbewussten Großstadt – porentief rein, konfliktfrei, aalglatt und harmonisch – zu konstruieren.

Fabian Krämer
»Food not Bombs«

Die »Food not Bombs«-Gruppe Köln versteht sich nicht als karitative Einrichtung. Vielmehr möchten die Freiwilligen durch ihre Aktionen im Herzen Kölns auf Armut hinweisen und gegen Innenstadtdrängung protestieren. Auch Pazifismus haben sie sich auf die Fahnen geschrieben. Bei Interesse an Infos etc. einfach im Infoladen in der Ludolf-Camphausen Str. 36, 50672 Köln melden.

Talare, leicht gebräunt

Auch vor Hochschulen macht faschistoides Gedankengut nicht halt

Überfälle und Mordanschläge von Nazigruppen auf Flüchtlinge, Menschen mit anderer Hautfarbe, Lesben, Schwule, Behinderte, Obdachlose, JüdInnen und AntifaschistInnen sind weiterhin Alltag in Deutschland. Nach einem vorübergehenden Rückgang nach der faktischen Abschaffung des Asylrechts 1993 hat die Zahl der rassistisch motivierten Gewalttaten wieder zugenommen. In die EU bzw. in die BRD einreisende Menschen werden danach sortiert, ob sie »Wirtschaftsflüchtlinge« oder billige und ungeschulte Arbeitskräfte für Niedriglohnarbeit sind. Ausländischen StudentInnen, die für ihren Unterhalt nicht aufkommen können oder die in ihrer Studienleistung zurückhängen, droht die Abschiebung.

Antisemitismus ist keineswegs aus Deutschland verschwunden, wie die neuerlichen Anschläge auf jüdische Friedhöfe zeigen. Die Zahl antisemitisch motivierter Straftaten steigt von Jahr zu Jahr. Das Konzept aller im Bundestag vertretenen Parteien einschließlich des deutschmündelnden Flügels der PDS besteht darin, die rassistische Hetze und den Aufschwung der Rechtsextremen zu »stoppen«, indem sie deren Parolen ins eigene Programm aufnehmen: »Kriminelle Ausländer sofort raus« ist Konsens von Gerhard Frey bis Gerhard Schröder. Sie können sich dabei nicht nur auf einige »fehlgeleitete Jugendliche« stützen, sondern auch auf einen breiten rassistischen Konsens: Sozialdarwinismus (= »das Recht des Stärkeren«), Autoritätsgläubigkeit und rassistische Ideologie sind in weiten Teilen der Bevölkerung verbreitet. Elemente von NS- und älteren reaktionären Traditionen und frauen-

feindliches männerbündisches Bewusstsein in der deutschen Gesellschaft haben die bürgerlich-demokratische Erziehung durch die Alliierten, die antiautoritäre Bewegung der APO und die Kritik durch viele soziale Bewegungen prächtig überstanden.

Hochschule und Faschismus

Auch in den Hochschulen wurde seit jeher faschistoides Gedankengut vertreten. Während des Nationalsozialismus funktionierten die meisten akademisch Tätigen oder Gebildeten wie der Grossteil der deutschen Bevölkerung – ganz »normal«; MathematikerInnen und StatistikerInnen berechneten die optimalen Methoden zur Erfassung der »rassischen« Zusammensetzung der deutschen Bevölkerung (z. B. durch Volkszählungen) oder bestimmten den Grad der volkswirtschaftlichen »Belastung« durch die Versorgung von behinderten Menschen. Ökonomen, SozialwissenschaftlerInnen, GeographInnen etc. planten die Entvölkerung der neuerobernten Gebiete im Osten und die Optimierung der Transporte der JüdInnen in die Vernichtungslager. Psychologische Institute erforschten die Stressanfälligkeit von Wehrmachtssoldaten und Bomberpiloten.

Ebenso wenig wie die Spitzen der Wirtschaft wurden die Hochschulen entnazifiziert. Eine Aufarbeitung der faschistischen Vergangenheit fand nie statt. Schnell wurden auch wieder personelle Kontinuitäten hergestellt. Beispiele dafür sind der Ex-SS-Mann Schneider, der unter dem Namen Schwerte an der RWTH Aachen als Rektor amtierte oder die Alt-Nazis Jahrreiß und Car-

stens, Ehrenmitglieder der Uni Köln. Auch in der Lehre mancher DozentInnen spiegeln sich bis heute geschichtsrevisionistische und rassistische

Ideen wieder. So konnte der Politikwissenschaftler Pfeifberger an der FH Münster jahrelang den 2. Weltkrieg als einen Verteidigungskrieg gegen eine »jüdische Weltverschwörung« bezeichnen. An der Uni Hamburg dürfen am Institut für Humanbiologie die »rassenhygienischen« Lehren der Nazis verbreitet werden und weiterhin Menschen nach Schädelformen und Charaktertypen rassistisch und sexuell eingeteilt werden, Frauen eine »kindliche Psyche« zugeschrieben und die jahrhundertlange Diskriminierung von JüdInnen als »Heranzüchtung einer jüdischen Elite« gelehrt werden.

Diese wenigen Beispiele zeigen, dass auch weiterhin gegen faschistoides Gesinnung bei HochschullehrerInnen und studentischen Gruppen angegangen werden muss. Autoritär-konformistisches Verhalten ist aber weiter verbreitet als nur in Burschenschaften. Reaktionäre Hochschulguppen stellen sich als »überparteilich und unabhängig« dar, agitieren gegen angebliche »Sonderinteressen« von z. B. Antifaschismusreferenten und sehen in den studentischen Gremien in klassisch konservativer Tradition von Parlamentskritik nur »pseudopolitisches Gebrabbel« bzw. »kleinkariertes Politgezänk« am Werk.

Aktivitäten gegen Nazis

Ob an der Hochschule oder in Köln, in Rostock oder in den »national befreiten Zonen« in Ostdeutschland: Überall dort, wo Nazis auftauchen, müssen sie bekämpft werden. Weder der Versuch der NPD, am 1. Mai 1999 in Bremen für »deutsche Arbeitsplätze« zu marschieren, noch die Kommunalwahlkampfauftritte von »Deut-

scher Liga« (mit ihrem Kölner Ex-Jurastudenten Manfred Rouhs) und »Reps« blieben unbehelligt. Am 22. Mai 1999 konnte der erste Aufmarsch der NPD in Köln erfolgreich verhindert werden. 3000 GegendemonstrantInnen stellten sich den Nazis in den Weg, deren Kader arg bekleckert die Heimreise antreten mussten. Weniger erfreulich verlief der zweite Versuch der FaschistInnen am 2. Oktober. Von einem riesigen Polizeiaufgebot geschützt konnten 300 Nazis ungestört durchs Eigelsteinviertel laufen. Unter den tausenden KölnerInnen, die sich »querstellten«, waren jeweils zahlreiche StudentInnen.

Die AL hat sich an den Antifa-Aktionen massiv beteiligt und bis zum Sommer 1999 die Infrastruktur des ASTA für antifaschistische Aktionen zur Verfügung gestellt. Seit der Wahl eines rechten Uni-ASTAs befindet sich das ehemalige Antifaschismusreferat im Exil. Die antifaschistische und antirassistische Arbeit an der Hochschule ist spürbar erschwert worden, da Unabs/LUST/RCDS den Zugang zu Räumlichkeiten, Medien und Infrastruktur des Uni-ASTA versperrt haben und den Etat für studentische Antifa-Arbeit um 75% gekürzt haben.

Wir fordern:

- Die rassistischen AusländerInnengesetze abschaffen, offene Grenzen und Bleiberecht für alle. Rücknahme der Asylabschaffung 1993
- Zerschlagung aller Nazi-Organisationen
- Anerkennung und Entschädigung aller Opfer des NS-Faschismus, der JüdInnen, der KommunistInnen, der Deserteure, Sinti und Roma, der ZwangsarbeiterInnen, der Lesben und Schwulen, sowie der durch eugenische Maßnahmen geschädigten Opfer
- Soziale Gleichheit statt Auslese und Ausgrenzung